

P R E S S E M I T T E I L U N G

Nr.
14.12.2011

Wegfall der sexualmedizinischen Ambulanz brandgefährlich

Landesregierung ist in der Verantwortung für die Hilfe für Opfer und die Prävention

Die Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat eindringlich an die Landesregierung appelliert, das Thema sexueller Missbrauch ernst zu nehmen und sich für den Fortbestand der sexualmedizinischen Ambulanz an der Universität Frankfurt einzusetzen. "Es ist nicht nachvollziehbar und brandgefährlich, dass eineinhalb Jahre nach einer bemerkenswerten Debatte im Landtag und während die Landesregierung über Maßnahmen gegen sexuellen Missbrauch berät, eine wichtige Institution wie die sexualmedizinische Ambulanz an der Goethe-Universität geschlossen wird – und die Wissenschaftsministerin einfach tatenlos zusieht. Das Thema ist zu ernst und zu wichtig, um die Verantwortung einfach an die Universität abzuschieben. Die Landesregierung ist in der Verantwortung für die Hilfe für die Opfer und für die Prävention", so die wissenschaftspolitische Sprecherin der GRÜNEN, Sarah Sorge.

"Die Sexualambulanz war bundesweit eine der wenigen Anlaufstellen, in der sich Menschen mit sexuellen Störungen – so zum Beispiel auch Pädophile – beraten lassen konnten. Es war auch eine der wenigen Einrichtungen, die Therapeutinnen und Therapeuten bei Fragen rund um das Thema sexuelle Störung und auch sexuelle Traumatisierung fortgebildet und beraten hat. Der Schließung einer solchen Institution einfach tatenlos zuzusehen ist unverantwortlich. Die Wissenschaftsministerin trägt auch in Zeiten von Hochschulautonomie die Verantwortung für die wissenschaftspolitischen Weichenstellungen. Wir haben Frau Kühne-Hörmann mehrfach auf ihre Verantwortung hingewiesen und eindringlich appelliert, sich für den Erhalt der Sexualmedizin einzusetzen. Parallel zur Schließung der Sexualambulanz wurde die Zielvereinbarung mit der Goethe-Uni geschlossen – dies wäre ein Hebel gewesen, die Sexualambulanz zu retten. Oder aber die Ministerin hätte an eine Angliederung an das Sigmund-Freud-Institut anregen können. Die Ministerin legt jedoch die Hände in den Schoß und zuckt mit den Schultern, dies zu tun ist jedoch gesellschaftspolitisch unverantwortlich."

"Wer langfristig Maßnahmen gegen sexuellen Missbrauch ergreifen will, der braucht eine qualifizierte, dem Stand der Forschung entsprechende und präventiv wirkende Versorgung für Pädophile, eine weitere Forschung sowie eine Anlaufstelle und Fortbildung für Therapeutinnen und Therapeuten. Jeder einzelne Pädophile, der nicht zum Täter wird, sollte es uns wert sein und wir sollten Innehalten und überlegen, ob das tatenlose Zusehen der Landesregierung bei der Schließung der sexualmedizinischen Ambulanz richtig war und ist. Statt dem Wegfall der sexualmedizinischen Ambulanz zuzusehen, muss sich die Landesregierung endlich dafür einsetzen, dass diese Ambulanz erhalten bleibt."